

Antrag

der Abgeordneten Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Christian Sauter, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Andrew Ullmann, Johannes Vogel (Olpe) und der Fraktion der FDP

Tempo in der Energiepolitik – Wasserstoff zum neuen Öl machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Energie- und Klimapolitik der Bundesregierung ist national beschränkt, ineffizient und dadurch teuer. Deutschland hat die höchsten Strompreise in Europa. Von jedem für Strom gezahlten Euro sind in Deutschland 53 Cent staatlich veranlasst. Das belastet nicht nur die Bürger und schadet der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, es verhindert auch eine ganzheitliche und innovative Energiewende. Strom ist zu teuer, um fossile Brennstoffe zu verdrängen oder für die Produktion von grünem Wasserstoff eingesetzt zu werden. Ohne die Kopplung der Sektoren werden wir jedoch keinen klimaneutralen Verkehr oder Gebäudebestand erreichen.

Wir müssen die Energiewende stärker innovativ und international denken. Die Bundesregierung hat es versäumt, ihr Klimaschutzprogramm für eine umfassende Reform der Steuern und Umlagen auf Energie zu nutzen. Statt eines nationalen Instruments zur CO₂-Bepreisung sollen die Sektoren Verkehr und Gebäude in den europäischen Emissionshandel integriert werden. So können wir garantiert die deutschen Klimaschutzverpflichtungen gegenüber der EU erfüllen und Strafzahlungen aus dem Bundeshaushalt vermeiden. Die zusätzlichen Einnahmen aus dem Zertifikateverkauf wol-

len wir als Klimadividende an die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zurückgeben, indem wir die staatlichen Stromkostenbestandteile senken. Die Stromsteuer entfaltet keine ökologische Lenkungswirkung mehr und soll daher abgeschafft werden. Außerdem muss die EEG-Umlage deutlich schneller sinken, als von der Bundesregierung beabsichtigt.

Der Ausbau der Windkraft an Land, bislang der wesentliche Treiber des Ausbaus erneuerbarer Energien in Deutschland, ist zuletzt massiv eingebrochen. Dazu hat die Bundesregierung durch falsche Privilegien für Bürgerenergiegesellschaften bei Ausschreibungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wesentlich beigetragen. Darüber hinaus stoßen wir schon heute an Grenzen der Flächenverfügbarkeit und Akzeptanz in Deutschland. Die Absicht der Bundesregierung, den Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch auf 65 Prozent im Jahr 2030 gesetzlich festzuschreiben, erscheint vor diesem Hintergrund unrealistisch. Hinzu kommt, dass wir den Strombedarf der Zukunft nicht kennen. Er dürfte insbesondere durch den Umstieg auf klimafreundliche Technologien in der Industrie deutlich höher ausfallen, als von der Bundesregierung angenommen.

Wir werden die Klimaschutzziele nicht erreichen, indem wir nur auf direkte Elektrifizierung auf Basis erneuerbaren Stroms in Deutschland setzen. Deutschland importiert heute rund 70 Prozent seines Energiebedarfs und wird auch künftig auf die Einfuhr von Energieträgern angewiesen sein. Daher müssen wir jetzt beginnen, den Import klimaneutraler Gase und Kraftstoffe voranzutreiben. Grüner Wasserstoff kann fossile Brennstoffe in der Industrie ersetzen und in Brennstoffzellen Autos antreiben oder Gebäude heizen. Der volatile Strom aus Sonne und Wind wird durch chemische Umwandlung in Wasserstoff speicherbar und ist leicht über weite Strecken zu transportieren.

Wir wollen das Angebot an Wasserstoff erhöhen. Sonnen- und windreiche Regionen in unserer Nachbarschaft bieten viel Potential, um grünen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe auf Basis erneuerbaren Stroms herzustellen. Hierbei bieten sich nicht nur wirtschaftliche Chancen für die Regionen. Auch deutsche Unternehmen können mit ihrer Technologie und Expertise etwa im Bereich Wasserstoffelektrolyse profitieren. Wir werden über die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Förderprogramme auflegen, um private Investitionen in industrielle Wasserstoffprojekte in Südeuropa und im nördlichen Afrika anzuschieben.

Gleichzeitig wollen wir den Heimatmarkt für Wasserstoff durch die Beseitigung regulatorischer Hemmnisse stärken und mehr Nachfrage generieren. Dazu muss zeitnah ein EU-weites Zertifizierungssystem für grünen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe geschaffen werden. Die Bundesregierung sollte neben batterie-elektrischen auch andere klimafreundliche Technologien gleichberechtigt fördern. Denn die Zukunft automobiler Antriebe wird wahrscheinlich aus einem breiten Angebotsmix aus Batterie- und Wasserstofffahrzeugen sowie Hybriden bestehen. Neben Ladesäulen für Elektroautos benötigen wir daher auch Wasserstofftankstellen. Derzeit zwingt die einseitige Ausgestaltung der CO₂-Flottengrenzwerte die Automobilhersteller, auf Elektromobilität zu setzen. Die Anerkennung synthetischer Kraftstoffe sowie eine Beimischungsquote könnten jedoch den Markthochlauf für Wasserstofftechnologien stärken und zugleich zahlreiche Arbeitsplätze v. a. in der mittelständischen Zuliefererindustrie erhalten. So könnte grüner Wasserstoff zum Erdöl des 21. Jahrhunderts werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Sektoren Gebäude und Verkehr in das europäische Emissionshandelssystem zu integrieren;
2. aus den zusätzlichen Einnahmen in Höhe von ca. 9,5 Milliarden Euro die staatlichen Strompreisbestandteile ab 2021 wie folgt zu senken:

- a. die Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß zu senken und sich bei der anstehenden Überarbeitung der EU-Energiesteuerrichtlinie für die Abschaffung des Mindestsatzes auf Strom einzusetzen,
 - b. darüber hinaus die EEG-Umlage um zunächst bis zu 2,2 Milliarden Euro pro Jahr zu senken;
3. bis zu 500 Millionen Euro jährlich ab 2021 für EIB- und KfW-finanzierte Wasserstoffprojekte in Südeuropa und im nördlichen Afrika zur Verfügung zu stellen;
 4. sich auf allen Ebenen für echte Technologieoffenheit einzusetzen und ein regulatorisches Level Playing Field für sämtliche Technologien zu schaffen, die zur Reduktion von Treibhausgasemissionen beitragen können;
 5. sich auf EU-Ebene für die schnelle Umsetzung eines Zertifizierungssystems für klimaneutrale und treibhausgasarme Gase einzusetzen sowie die Anrechenbarkeit von synthetischen Kraftstoffen auf das Erneuerbare-Ziel gemäß der novellierten Erneuerbare-Energien-Richtlinie voranzutreiben;
 6. sich auf EU-Ebene für das Ende der regulatorischen Diskriminierung von synthetischen Kraftstoffen bei der Anrechenbarkeit auf die CO₂-Flottengrenzwerte einzusetzen;
 7. den Ausbau von Wasserstoff- und E-Fuels-Infrastruktur gleichberechtigt zum Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge voranzutreiben;
 8. eine kontinuierlich ansteigende Verpflichtung zur Beimischung synthetischer Kraftstoffe zu prüfen;
 9. die Anerkennung von grünem Wasserstoff als erneuerbare Energie in das Gebäudeenergiegesetz aufzunehmen;
 10. eine Befreiung von der EEG-Umlage für Elektrolyseanlagen zur Herstellung von Wasserstoff aus erneuerbarem Strom zu prüfen.

Berlin, den 12. November 2019

Christian Lindner und Fraktion

